

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten des Oö. Landtags betreffend die Evaluierung und Optimierung der Ansprüche aus dem Hass-im-Netz- Bekämpfungsgesetz

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die Wirksamkeit und Durchsetzbarkeit der Ansprüche, die aus dem 2021 in Kraft getretenen Hass-im-Netz-Bekämpfungsgesetz (HiNBG) resultieren, evaluiert werden und dass für die Leidtragenden weitere Verbesserungen, vor allem im Bereich der Rechtsdurchsetzung, vorgenommen werden.

Begründung

Hass im Netz umfasst verletzende, erniedrigende oder herabwürdigende Online-Inhalte, die sich gegen Einzelpersonen oder Gruppen richten. Diese Inhalte beziehen sich häufig auf Merkmale oder Zuschreibungen wie ethnische Zugehörigkeit, Hautfarbe, sexuelle Orientierung, Geschlecht, Religion, Behinderung, soziale Herkunft oder Alter.

Am 1.1.2021 trat das Hass-im-Netz-Bekämpfungsgesetz (HiNBG) in Kraft. Mit diesem Gesetz wurden grundlegende Regeln zum Persönlichkeitsrecht und ein vereinfachtes Unterlassungsverfahren gegen Hasspostings eingeführt. Es wurden Gesetzesstellen im ABGB, der ZPO, im StGB und der StPO abgeändert und modifiziert und auch neu geschaffen. Diese Neuerungen bedürfen einer Evaluierung, damit die Wirkungen und vor allem die praktische Umsetzung der Bestimmungen konkret betrachtet werden und sodann Adaptierungen vorgenommen werden.

Vom Hass im Netz Betroffene sind bei der gerichtlichen Geltendmachung ihrer Ansprüche nach wie vor mit Hürden konfrontiert. Es fehlt eine gewisse Transparenz, welche Behörde mit welchen Aufgaben beschäftigt ist. Zudem braucht es ausgebildetes und spezialisiertes Fachpersonal, welches das Gesetz in den Behörden umsetzt. Da die Ermittlungen gegen unbekannte Täter oftmals erfolglos verlaufen, muss die behördliche Ausforschungs- und Verfolgungstätigkeit optimiert werden.

Die Abgeordneten des oberösterreichischen Landtages werten diesen Bereich als sehr wichtig und wollen konkrete Verbesserungen, vor allem im Bereich der Rechtsdurchsetzung, erwirken.

Linz, am 18. April 2023

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Kirchmayr, Dörfel, Csar, Ecker, Rathgeb, Grünberger, Nell, Angerlehner, Stanek

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Mahr, Klinger, Handlos, Schießl, Graf, Dim, Kroiß, Fischer, Gruber, S. Binder